



Cannabis in der Schweizer Volkswirtschaft - Ökonomische Effekte aktueller und alternativer Regulierung

Einordnung aus Sicht des Bundesamts für Gesundheit

Mit der Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken in Uruguay (2013), Kanada (2018) und verschiedenen US-amerikanischen Gliedstaaten (ab 2012) wurde auch in Europa die Debatte um eine Neuausrichtung der Cannabispolitik neu entfacht. Seit 2021 dürfen in der Schweiz wissenschaftliche Pilotversuche mit dem legalen Verkauf von Cannabis durchgeführt werden. Ziel dieser Studien ist es, Erfahrungen mit Regelungen zum kontrollierten Zugang zu Cannabis zu sammeln.¹ Die ersten Versuche sollen 2022 starten. Mittlerweile hat die politische Diskussion um die Cannabislegalisierung weiter Fahrt aufgenommen: Die Sozial- und Gesundheitskommissionen der beiden Parlamentskammern haben einer parlamentarischen Initiative Folge gegeben, die Cannabis zu nichtmedizinischen Zwecken unter Berücksichtigung des Jugend- und Gesundheitsschutzes erlauben will.² Die entsprechenden Gesetzgebungsarbeiten wurden aufgenommen.

Eine grundlegende Neuregelung von Cannabis bietet aus Sicht der öffentlichen Gesundheit die einmalige Chance, die negativen Auswirkungen der Prohibition zu beseitigen und gleichzeitig die sozialen Kosten des Cannabiskonsums für die Gesellschaft zu minimieren. Das ist aber nur möglich, wenn die Neuausrichtung der Cannabispolitik evidenzbasiert erfolgt. Zwicky et al. (2021) haben dazu im Auftrag des Bundesamts für Gesundheit (BAG) eine interdisziplinäre Forschungsagenda erarbeitet. Diese zeigt auf, dass die Wissenslücken hinsichtlich der Regelung eines legalen Cannabismarktes noch gross sind. Nicht alle relevanten Fragen lassen sich im Rahmen der örtlich und zeitlich begrenzten Regulierungsexperimente untersuchen, welche in verschiedenen Schweizer Städten nun anlaufen. Es braucht jetzt möglichst rasch ergänzende Forschung insbesondere zu Fragen des Jugendschutzes, der Produktesicherheit, der Eindämmung des Schwarzmarkts, der Verkehrssicherheit und eines angemessenen Besteuerungsmodells. In diesem Sinn kommt die Studie von Oliver Hoff zu den ökonomischen Effekten verschiedener Cannabisregulierungsszenarien genau zur richtigen Zeit und ist ein gutes Beispiel dafür, dass die Wissenschaft für die weitere politische Diskussion zum Umgang mit Cannabis einen nützlichen Beitrag leisten kann.

Das wirtschaftliche Potenzial einer legalen Cannabisindustrie und die möglichen steuerlichen Einnahmen, die mit einem solchen Markt verbunden wären, spielen eine wichtige Rolle in der Cannabislegalisierungsdebatte. Gerade bei den US-amerikanischen Legalisierungsentscheiden stand die Aussicht auf Wirtschaftswachstum und Einkommen durch einen neuen Markt, insbesondere für Produzenten und Landwirte, oft im Vordergrund

¹ Vgl. BBl 2020 7737, Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vom 25. September 2020.

² Parlamentarische Initiative 20.473 Siegenthaler, Regulierung des Cannabismarktes für einen besseren Jugend- und Konsumentenschutz, vom 25.09.2020.

(Caulkins and Kilborn 2019). Hoff hat in seiner Studie untersucht, mit welchen ökonomischen Auswirkungen bei einer Legalisierung von Cannabis in der Schweiz zu rechnen wäre. Dazu vergleicht er drei paradigmatische Legalisierungsszenarien mit dem Status quo: nicht-gewinnorientierte Cannabis Social Clubs (CSC), stark regulierter kommerzieller Markt und freier, nur minimal regulierter Markt.

In der Studie wird der Umsatz in der Schweizer Volkswirtschaft, der in direktem oder indirektem Zusammenhang mit dem Konsum von illegalem Cannabis steht, aktuell auf jährlich rund eine Milliarde Schweizer Franken geschätzt. Darin enthalten sind nicht nur die Produktion und der Handel im Schwarzmarkt, sondern auch die damit verbundenen legalen Aktivitäten im Bereich Strafverfolgung, Rechtsprechung, Justizvollzug und Gesundheitswesen. Diese wirtschaftlichen Aktivitäten haben inklusive der legalen Vorleistungen und Folgeaktivitäten mit 0,06 Prozent einen nur unwesentlich geringeren Anteil am Bruttoinlandprodukt, wie die in der Schweiz nicht unbedeutende Zulieferindustrie für die Automobilbranche. Interessant ist, dass der Umsatz in allen Legalisierungsszenarien jedoch deutlich sinken würde und in einem praktisch unregulierten freien Markt bis zu fünf Mal kleiner wäre.

Im Vergleich zum derzeit existierenden Schwarzmarkt scheint das wirtschaftliche Potenzial eines legalen Cannabismarkts für Schweizer Produzenten und Händler also deutlich geringer zu sein. Das hängt jedoch mit den enormen Gewinnmargen zusammen, die die illegal operierenden Akteure im Status quo einstreichen und auf denen sie keine Steuerabgaben entrichten. Aus gesellschaftlicher Perspektive ist es positiv zu werten, dass in den Legalisierungsszenarien ein grosser Teil dieser illegalen Gewinne nicht mehr kriminellen Kreisen zu Gute kommt und stattdessen eine legale Industrie eine Chance erhält, sich zu etablieren. Zu beachten ist ferner, dass in diesen Szenarien vereinfachend angenommen wird, dass sich eine Legalisierung auf die Schweiz beschränken würde und deshalb kein legaler Import oder Export von Cannabisprodukten stattfindet. Derzeit wird jedoch auch in anderen europäischen Ländern eine Neuausrichtung der Cannabispolitik in Betracht gezogen.³ Hier könnten sich also durchaus auch Exportoptionen für qualitativ hochwertige, spezialisierte Cannabisprodukte eröffnen.⁴ Aufgrund der etablierten CBD-Hanf-Industrie hätte die Schweiz im Vergleich zum europäischen Ausland einen Entwicklungsvorsprung im Bereich der professionellen legalen Cannabisforschung und -produktion.⁵

Ein Teil des Umsatzrückgangs in den Legalisierungsszenarien ist der Abschöpfung von Steuereinnahmen geschuldet. Aus Sicht der öffentlichen Hand ist dies die zentrale Erkenntnis dieser Studie: In einem etablierten stark regulierten Markt mit einer ähnlichen Produktsteuer wie beim Tabak könnten bis zu 464 Millionen Franken an Steuereinnahmen generiert werden. Diese Ressourcen liessen sich – entsprechender politischer Wille vorausgesetzt – zweckgebunden für die Prävention oder die Abfederung der sozialen Folgekosten des Cannabiskonsums einsetzen. Eine solche Finanzierung der sozialen Kosten im Zusammenhang mit Cannabis wäre verursachergerechter. Dagegen werden im Status quo mit dem illegalen Cannabismarkt ohne produktspezifische Steuer nur geringfügige indirekte Steuereffekte ausgelöst. Bemerkenswert ist, dass das Steueraufkommen im «freien Markt»-Szenario, wo auf die Cannabisprodukte bloss eine Mehrwertsteuer erhoben würde, mit elf Millionen Franken noch tiefer ausfiele als unter dem heutigen Cannabisverbot. Sowohl im unregulierten Schwarzmarkt wie auch im nahezu unregulierten freien Markt werden die sozialen Kosten von Cannabis deshalb weitgehend der Allgemeinheit aufgebürdet. Dies obwohl hier im Vergleich zum Status quo und den anderen Legalisierungsszenarien die Gesundheitskosten aufgrund der angenommenen Zunahme des Konsums am höchsten ausfallen würden.

³ Malta hat 2021 ein Gesetz verabschiedet, welches Cannabis Social Clubs ähnlich wie im entsprechenden Legalisierungsszenario dieser Studie legalisiert und auch in Luxemburg ist eine Legalisierung zu nicht-kommerziellen Zwecken in Diskussion, während die neue Regierungskoalition aus SPD, Grünen und FDP in Deutschland die Cannabislegalisierung als politisches Ziel in ihren Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 aufgenommen hat.

⁴ Zu beachten ist allerdings, dass der internationale Handel von Cannabis aufgrund der Drogenkontroll-Übereinkommen der UNO starken Einschränkungen unterliegt.

⁵ Diese legale Hanfindustrie konnte sich aufgrund des im Vergleich zu den Nachbarstaaten höheren THC-Grenzwerts von einem Prozent hier früher etablieren.

Aus einer Public-Health-Perspektive kann die Besteuerung von Cannabis nicht nur als Ausgleichsmechanismus zwischen sozialen und privaten Kosten dienen, sondern sollte vor allem auch eine Lenkungsfunktion haben. Der Konsum von Suchtmitteln wird stark durch die Preisgestaltung beeinflusst, insbesondere bei Jugendlichen, weshalb die Weltgesundheitsorganisation steuerliche Massnahmen als wichtigster regulatorischer Hebel zur Prävention von tabak- und alkoholbedingten Folgekrankheiten erachtet (World Health Organization 2017, Shover and Humphreys 2019). Aus gesundheitspolitischen Überlegungen müsste eine Cannabislenkungssteuer deshalb noch deutlich höher angesetzt werden, als im hier angewendeten Szenario «starke Regulierung», denn die präventive Wirkung der Tabaksteuer ist in der Schweiz aufgrund der hohen Kaufkraft relativ bescheiden. Hier gilt es jedoch, die Wechselwirkung von preislichen Massnahmen mit dem Schwarzmarkt zu berücksichtigen: Da der heutige illegale Cannabismarkt eine signifikante Grösse hat, wird dieser auch bei der Schaffung eines kommerziellen Markts kaum über Nacht verschwinden, wie die Erfahrungen in Nordamerika zeigen. Dies gilt umso mehr, da ein grosser Anteil der Konsumierenden heute minderjährig ist und in allen realistischen Szenarien auch in Zukunft keinen Zugang zu legalem Cannabis haben wird.⁶ Der Schwarzmarkt wird aber unweigerlich auf die Preissetzung im legalen Markt reagieren und diese unterbieten (aufgrund der extrem hohen Gewinnmargen besteht da noch ein erhebliches Potenzial).

Das politische Ziel einer raschen Verdrängung des Schwarzmarkts kann deshalb im Widerspruch zum politischen Ziel einer Senkung des problematischen Konsums durch eine möglichst hohe Besteuerung stehen. Eine Strategie könnte sein, zuerst nur geringe Steuern zu erheben und erst nach einer Verdrängung eines substanziellen Teils des Schwarzmarkts die Preise über eine Besteuerung schrittweise anzuheben.⁷ Die Identifikation einer wirksamen Lenkungssteuer sollte eine Priorität der Cannabisregulierungsforschung sein.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Studie sind die separaten Schätzungen der volkswirtschaftlichen Effekte im Bereich Strafverfolgung und Justizvollzug sowie im Gesundheitswesen. Die Veränderung der Umsätze in diesen Branchen in Abhängigkeit der simulierten Regulierungsszenarien kann als Proxy für die Veränderung des Repressionsaufwands zur Durchsetzung des Cannabisverbots bzw. der mit dem Cannabiskonsum assoziierten Gesundheitskosten dienen.⁸ Es zeigt sich, dass im Status quo nach wie vor bedeutende Ressourcen in die Bekämpfung des Cannabishandels und -konsums investiert werden: Der damit zusammenhängende Umsatz im Bereich Strafverfolgung und Justizvollzug (60 Millionen Schweizer Franken, nur direkte Effekte) ist deutlich grösser als der Umsatz im Gesundheitswesen im Zusammenhang mit Behandlungen aufgrund von Cannabiskonsum (rund 23 Millionen Schweizer Franken).

Die Studie legt nahe, dass diese Ressourcen im Bereich Repression bei einer Legalisierung eines kommerziellen Markts weitestgehend frei werden (unabhängig davon, wie stark dieser reguliert wird) und für andere Aufgaben eingesetzt werden können. Aus einer Vollzugsperspektive heraus dürfte das allerdings gerade hinsichtlich eines streng kontrollierten legalen Markts ein zu stark vereinfachtes Szenario sein, denn für die wirksame Durchsetzung der hohen Anforderungen an den Jugend- und Gesundheitsschutz werden neue Repressionsressourcen benötigt. Auch die Überführung des illegalen Markts in einen legalen Markt erfordert entsprechende Ressourcen, weshalb der Repressionsaufwand zumindest in den ersten Jahren nach der Legalisierung nach wie vor bedeutend sein dürfte.

Was die Effekte im Gesundheitssystem anbelangt, so geht die Studie im Szenario «Cannabis Social Club» von einer geringfügigen und im Szenario «freier Markt» von einem moderaten

⁶ In den idealisierten Legalisierungsszenarien der Studie geht der Autor von einer vollständigen Austrocknung des Schwarzmarkts aus.

⁷ Ein solcher Substitutionsprozess könnte realistischerweise bis zu einem Jahrzehnt dauern, weshalb es von Seiten der Politik und der Behörden «einen langen Atem» braucht.

⁸ Die Umsätze und die sozialen Kosten in diesen Bereichen entsprechen sich nicht eins zu eins: In die Umsätze im Strafvollzug und im Gesundheitswesen fliessen private Kosten (bspw. Gerichtskosten, die der Verurteilte zahlt, selbst bezahlte Gesundheitskosten) mit ein, während unter sozialen Kosten ausschliesslich öffentliche Kosten verstanden werden. Im Gesundheitswesen würden dagegen auch zusätzliche indirekte Effekte wie das vorzeitige Ableben oder Produktivitätsverlust, etc. einfließen, die in der Studie nicht berücksichtigt wurden («Cost-of-Illness-Ansatz»).

Kostenanstieg gegenüber dem Status quo aus, wohingegen im Szenario «stark regulierter Markt» keine Veränderung erwartet wird. Die entsprechenden Effekte beruhen direkt auf der erwarteten Entwicklung der Konsumentenzahlen und diese wiederum wurde in Abhängigkeit der Preisentwicklung modelliert (Preiselastizität der Nachfrage). In einem freien Markt dürfte der zu erwartende Preiszerfall in der Tat der entscheidende Treiber der mit dem Konsum verbundenen Gesundheitskosten sein. Die entsprechenden Entwicklungen sind eher konservativ geschätzt worden; der Autor geht davon aus, dass aufgrund der bereits heute relativ hohen Verfügbarkeit von illegalem Cannabis bereits eine gewisse Marktsättigung erreicht ist. Insbesondere die Personen mit problematischem Konsum könnten in einem kommerziellen Markt mit tiefen Preisen jedoch einen noch deutlich höheren Konsum entwickeln (solche Effekte sind aus der Alkoholregulierung bekannt). Diese Gruppe hat den weitaus grössten Anteil an den konsumierten Cannabismengen und entsprechend auch die höchsten Gesundheitsrisiken. Es gilt deshalb, Regulierungseffekte auf diese Zielgruppe besonders gut zu untersuchen.

Auch wenn die Preisfrage zentral ist, gibt es eine Anzahl weiterer Anreize, die gerade in einem Szenario mit kommerziellem Markt und schwacher Regulierung nicht unterschätzt werden dürfen: z. B. die «Convenience» des Angebots inklusive der Verfügbarkeit der Produkte oder auch die Werbemöglichkeiten bis zur Bagatellisierung der Konsumrisiken. Auf der anderen Seite wird häufig angenommen, dass in einem gut geregelten legalen Markt die Konsumierenden besser mit Präventionsbotschaften und Suchthilfeangeboten erreicht werden als im illegalen Markt. Auch können über entsprechende – teilweise auch steuerliche – Anreize risikoärmere Produkte (z. B. Tetrahydrocannabinol-ärmerer Cannabis) und Konsumformen (z. B. Vaping anstatt Rauchen) gefördert werden. Weiterhin kann durch Vorschriften zur Produktesicherheit und deren Kontrolle (z. B. Einhaltung von Kontaminationsgrenzen) der Verbraucherschutz und die Produkttransparenz gestärkt werden.

Eine Rolle spielt auch, ob die Konsumierenden aufgrund einer stärkeren Sensibilisierung für die cannabisbedingten Gesundheitsrisiken oder einer geringeren Stigmatisierung des Konsums in einem legalen Kontext vermehrt Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Dies würde zwar kurzfristig zu einer Erhöhung der Gesundheitskosten führen. Eine frühzeitige medizinische Intervention könnte aber auch kostspielige Langzeitfolgen verhindern. Das Zusammenwirken all dieser Faktoren ist extrem komplex und müsste über die Zeit untersucht werden. Da es bisher kaum verlässliche, geschweige denn repräsentative Daten zu solchen Effekten gibt, wurde der Einfluss der Regulierungsszenarien auf das Gesundheitssystem in der Studie stark vereinfacht abgeschätzt. Sobald mehr Daten zur Verfügung stehen, sollten sich künftige Forschungsarbeiten eingehender mit der Frage der Effekte verschiedener Legalisierungsszenarien auf die Gesundheitskosten befassen.

Die Studie von Oliver Hoff verdeutlicht mit der Gegenüberstellung verschiedener Regulierungsszenarien, dass die Legalisierung von Cannabis keine Schwarz-Weiss-Entscheidung ist, sondern sehr unterschiedlich ausgestaltet werden kann und entsprechend ganz unterschiedliche Effekte zu erwarten sind. Aus Sicht der öffentlichen Gesundheit erscheint das «freier-Markt-Modell» aufgrund der höchsten Gesundheitskosten und der geringsten Steuereinnahmen auch im Vergleich zum Status quo nicht erstrebenswert. Auf der Grundlage der vorliegenden Analyse sind die Szenarien «stark geregelter kommerzieller Markt» und «Cannabis-Social-Club» bessere Alternativen zum geltenden Cannabisverbot. Insgesamt scheint der stark geregelte kommerzielle Markt aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive am attraktivsten zu sein, weil der Staat hier am meisten Einfluss nehmen und negative Entwicklungen verhindern kann. Grundsätzlich gilt dies aber auch für die Regelung eines nichtkommerziellen Markts: So wäre bei einem staatlichen Produktions- und/oder Handelsmonopol die Kontrolle noch grösser.

Es ist klar, dass die untersuchten Szenarien stark vereinfacht und idealisiert modelliert wurden. Sowohl ein streng geregelter kommerzieller Markt wie auch ein Cannabis-Social-Club-Ansatz können ganz unterschiedlich ausgestaltet werden. Im Gegensatz zu einem verbotenen oder freien Markt ist die effektive Regelung eines strikt kontrollierten kommerziellen Marktes komplex und erfordert gute Evidenzgrundlagen, um sowohl angebots- wie auch nachfrageseitig die richtigen Anreize zu setzen. Dabei ist eine zentrale Herausforderung, die künftige Cannabisregulierung vor einer übermassigen Beeinflussung

durch kommerzielle Interessen zu schützen. Erfahrungen aus anderen Ländern, wie z. B. Kanada, haben gezeigt, wie schnell eine Cannabisindustrie heranwächst und zu einem mächtigen Akteur mit beträchtlichen Lobbying-Ressourcen wird (Jesseman 2019). Die Legalisierung in den US-Bundesstaaten wurde von Aspekten der Kommerzialisierung und der Erzielung von Steuereinnahmen dominiert, wodurch die öffentliche Gesundheitsagenda in den Hintergrund geriet (Rehm and Fischer 2015). Solche Entwicklungen sind auch aus den Bereichen der Alkohol- und Tabakkontrolle hinlänglich bekannt. Spätestens seit dem Boom von Cannabis mit niedrigem Tetrahydrocannabinol- und Cannabidiol-Gehalt (THC und CBD-Gehalt) in der Schweiz gewinnen auch hierzulande gewinnorientierte Akteure an Einfluss und bringen sich für einen künftigen legalen Markt in Stellung. Die weiterführende Forschung sollte sich deshalb auch mit der Frage befassen, welche Produktions- und Vertriebsmodelle die gesundheitspolitischen Ziele am besten erfüllen und wie eine wirksame, effiziente und transparente staatliche Aufsicht über die gesamte Produktions- und Lieferkette etabliert werden kann, welche die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen im Bereich Gesundheitsschutz und Sicherheit gewährleistet.

Dazu gehört auch die Frage, ob eine bestimmte Vielfalt der Marktteilnehmer anzustreben ist (DeVillaer 2019). Sehr hohe regulatorische Anforderungen an die Marktteilnehmer, wie sie in der Arzneimittel-, Lebensmittel- und Tabakindustrie üblich sind, bergen das Risiko einer Marktdominanz durch multinationale Konzerne, welche im Gegensatz zu kleinen lokalen Produzenten über entsprechende Ressourcen für die notwendige Compliance verfügen. Durch (zu) hohe Regulierungsstandards für die Produktion könnte es für kleinere Unternehmen schwierig sein, wettbewerbsfähig zu bleiben. Durch eine solche Marktkonzentration kann wiederum die Position des Regulators geschwächt und ein effizientes und transparentes Marktsystem verhindert werden. Die Erfahrungen mit der Tabakregulierung zeigen, dass es eine empirisch offene Frage ist, ob ein stark regulierter Markt mit wenigen dominanten Marktteilnehmern aus Sicht der öffentlichen Gesundheit eine vielversprechendere Option ist als ein Markt bestehend aus kleinen Unternehmen und Produzenten, die in starkem Wettbewerb zueinanderstehen. Auch wirtschaftspolitisch dürfte es umstritten sein, wenn anstatt der Schweizer Landwirtschaft primär internationale Konzerne von einer Cannabislegalisierung in der Schweiz profitieren würden.

Aufgrund dieser vielen Unbekannten im Hinblick auf die Regelung eines kommerziellen Cannabismarkts empfiehlt Decorte (2018) ein vorsichtiges, schrittweises Vorgehen mit einem Fokus auf nicht-kommerzielle Marktszenarien, zumindest in einer ersten Legalisierungsphase. Caulkins et al. (2015) beschreiben eine Reihe von solchen nicht-kommerziellen Regulierungsoptionen, die zwischen der Prohibition und einem kommerziellen Markt liegen und die es aus Public Health Sicht genauer zu prüfen gilt.

Abschliessend gilt festzuhalten, dass die Studie von Oliver Hoff – mit den Einschränkungen, die eine solche Modellierung von Marktszenarien bei unvollständiger Datenlage hat – einen wertvollen wissenschaftlichen Beitrag zur politischen Debatte um die Cannabisregulierung in der Schweiz liefert. Sie konnte aufzeigen, dass es auch aus ökonomischer Sicht gute Gründe dafür gibt, die wirtschaftlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit Cannabis in legale Bahnen zu lenken. Die aktuelle Situation ist sowohl in regulatorischer (Marktgestaltung) wie auch fiskalischer (Steuereinnahmen) als auch in gesundheitspolitischer Hinsicht (z. B. in Bezug auf die Sicherstellung des Gesundheitsschutzes) unbefriedigend. Alternative Regulierungsansätze, die den Cannabismarkt gezielt kontrollieren, dürften die entsprechenden Ziele besser erreichen. Die ökonomische Regulierungsdimension und die gesundheitspolitischen Ziele, die mit der Cannabisregulierung erreicht werden sollen, hängen direkt zusammen und müssen deshalb gemeinsam adressiert werden. Die Regulierung sollte dabei nicht primär wirtschaftlich motiviert sein, sondern an gesundheitspolitischen Zielen ausgerichtet werden.

Bern, den 20.6.2022

Adrian Gschwend

Leiter Sektion Politische Grundlagen und Vollzug, Abteilung Prävention Nichtübertragbarer Krankheiten, Bundesamt für Gesundheit

Zitierte Literatur

Caulkins, J. P., Kilmer, B., Kleiman, M. A. R., MacCoun, R. J., Midgette, G., Oglesby, P., Pacula, R. L., & Reuter, P. H. 2015. *Options and Issues Regarding Marijuana Legalization*. 16.

Caulkins, J. P. & Kilborn, M. L. 2019. Cannabis Legalization, Regulation, & Control: A Review Of Key Challenges For Local, State, And Provincial Officials. *The American Journal Of Drug And Alcohol Abuse*, 45, 689-697.

Decorte, T. 2018. *Regulating Cannabis: A Detailed Scenario For A Nonprofit Cannabis Market*, Bloomington, Archway Publishing.

Devillaer, M. 2019. Cannabis Legalization In Canada: The Public Health Approach We Did Not Get. *Canadian Journal Of Addiction*, 10, 51-59.

Jesseman, R. (2019). *What have we learned from one year of cannabis legalization?* Online: <https://policyoptions.irpp.org/magazines/december-2019/what-have-we-learned-from-one-year-of-cannabis-legalization/> .

Rehm, J. & Fischer, B. 2015. Cannabis Legalization With Strict Regulation, The Overall Superior Policy Option For Public Health. *Clinical Pharmacology & Therapeutics*, 97, 541-544.

Shover, C. L. & Humphreys, K. 2019. Six Policy Lessons Relevant To Cannabis Legalization. *The American Journal Of Drug And Alcohol Abuse*, 45, 698-706.

World Health Organization 2017. Tackling Ncds:'Best Buys' And Other Recommended Interventions For The Prevention And Control Of Noncommunicable Diseases. World Health Organization.

Zwicky, R., Brunner, P., Kubler, D., Caroni, F. & Widmer, T. 2021. *A Research Agenda For The Regulation Of Non-Medical Cannabis Use In Switzerland*, Zurich, Institut Fur Politikwissenschaft (Uzh).